Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 62 (1982)
Heft: 4

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 08.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Kommentare

SÜNDER OHNE UMKEHR?

Sebastian Haffners seltsame Fehldiagnose

Sebastian Haffner gehört ohne Zweifel zu den gescheitesten, mehr noch, zu den geistvollsten deutschen Publizisten von heute – und zu den lesbarsten dazu. Was er schreibt, ist immer gespannter Aufmerksamkeit und sorgfältigen Überdenkens wert, auch wenn (und gerade weil) er den Leser immer wieder durch seine jähen Wendungen verblüfft und verwirrt. Wenig andere Analytiker des Zeitgeschehens haben in verhältnismässig so kurzer Zeit ihre Positionen so oft und so radikal gewechselt. Aus dem Mann, der schon in den letzten Jahren des Zweiten Weltkriegs und unmittelbar danach, damals noch im britischen Exil und als Autor englischer Sprache, im «Observer» und in Zeitschriften-Aufsätzen hellsichtig auf das Ausmass der sowjetischen Bedrohung aufmerksam machte und die Einheit des Westens als Gegenmittel gegen diese Gefahr empfahl, war in den fünfziger Jahren schon vor seiner Heimkehr nach Deutschland unversehens der Wortführer eines deutschen Neutralismus geworden; ein paar Jahre später stieg er wiederum als kalter Krieger auf die journalistischen Barrikaden, und in einem abermaligen jähen Schwenk entdeckte er kurz nach dem Bau der Berliner Mauer die unabweisbare Notwendigkeit einer nun ebenso extrem verfochtenen «Entspannungs»-Politik.

Den Lesern, die sich zufällig noch des Haffners von kurz vorher erinnerten, fiel es begreiflicherweise manchmal schwer, sich in diesen heftigen Oszillationen zwischen den Attitüden eines eifernden Saulus und eines nicht minder entschieden auftretenden Paulus zurechtzufinden. Das merkwürdige an der Sache war nur, wie gut es dieser Mann in jeder Lage verstand, seine vielen zunächst sprunghaft, vielleicht aus diesem Grunde gar unseriös anmutenden Stellungswechsel mit rationalen oder doch jedenfalls rational anmutenden Argumenten zu begründen. Sogar wenn er sich, selten genug, auf ausfällige Polemik gegen seine Meinungsfreunde von früher einliess, so blieb er doch stets bemüht, eher an die Vernunft als an die Emotionen des Augenblicks zu appellieren – selbst wenn diese Vernunft von Fall zu Fall mit dem genau so vernünftig klingenden Raisonnement von kurz vorher schlechterdings unvereinbar schien. Auch wer sich weigerte, Haffner auf seinen verschlungenen Pfaden zu folgen, und wer seine Schlussfolgerungen von gestern für so outriert hielt wie die von vorgestern, konnte nicht umhin, die Brillanz zu bewundern, mit der er einmal bei der Rechtfertigung und ein andermal bei der Verdammung einer und derselben These zu Werk ging. Anders gesagt: es lohnte sich allemal, seinen Gedankenwegen sogar dann nachzuspüren, wenn man sich sicher fühlte, dass diese Wege in die Irre führten. Und das ist ein Kompliment,

das man nicht allzuvielen Kommentatoren des Zeitgeschehens machen möchte.

Was für Haffners Beiträge zur aktuellen Diskussion gilt, das zeichnet vollends jene Arbeiten aus, denen er sich in den letzten zwei Jahrzehnten mehr und mehr zugewandt hat: den an Umfang meist knappen, aber an Einsichten um so reicheren historischen Studien. Niemand hat sich mit mehr Glück und mehr Erfolg darum bemüht, einer geschichtsentwöhnten und geschichtsscheuen Nation zum Bewusstsein ihrer Vergangenheit zu verhelfen – einem kritischen Bewusstsein zwar, aber zugleich einem, das diese Vergangenheit nicht einfach als eine tote und für die Gegenwart bedeutungslose Angelegenheit beiseiteschiebt. Seine «Anmerkungen zu Hitler» [1], die monatelang in den Spitzenrängen der Bestseller-Listen figurierten, haben einem Gegenstand, der scheinbar schon bis zum Überdruss abgehandelt war, ebenso originelle wie einleuchtende Aspekte abgewonnen. Und seine knappe Rekapitulation der preussischen Geschichte [2] zählt in der mittlerweile fast unabsehbaren Fülle der Publikationen über einen lange verfemten und dann plötzlich modisch gewordenen Gegenstand zu den wenigen, die jenseits aller konjunkturbedingten Schreiberei wirklich brauchbare Einsichten in ein kontroverses Thema vermitteln.

Unterwegs in die Katastrophe

Nicht der gleiche buchhändlerische Erfolg war einem früheren (wenn wir nicht irren: ersten) Versuch Haffners beschieden gewesen, Licht in ein nach wie vor umstrittenes historisches Thema zu bringen: dem 1964 erschienenen, aus einer Illustrierten-Serie herausgewachsenen schmalen Band «Die sieben Todsünden des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg» [3]. Dabei hatte sich dieser Essay bereits durch die gleichen Qualitäten ausgezeichnet, die den späteren Erfolgsbüchern ihr grosses Echo verschaffen sollten: die elegante Leichtigkeit eines mühelos populären, der pseudo-feuilletonistischen Dramatisierung nicht bedürftigen Stils; die solide Kenntnis des schwierigen Stoffes; die Knappheit, mit der der Autor das Wesentliche herauszuarbeiten versteht, ohne dass er dabei die komplizierten Zusammenhänge über Gebühr vereinfacht; die Nüchternheit und Selbständigkeit des Urteils. Nachdem der Gustav Lübbe Verlag in Bergisch Gladbach diese Studie jetzt neu als Taschenbuch vorlegt, in einer «überarbeiteten und erweiterten Fassung», dürfte ihr nun mehr Aufmerksamkeit als bei der Erstpublikation zuteil werden. Der ebenso leichtfassliche wie in der Argumentation subtile Text könnte vor allem ein vorzügliches Unterrichtsmittel für die Schulen abgeben – als Einführung nicht nur in die Problematik hinter einem welterschütternden geschichtlichen Ereignis, sondern auch und vor allem in die Grundlagen aussenpolitischen Denkens überhaupt.

Denn im Gegensatz zu so vielen anderen gutgemeinten Bemühungen um die Aufarbeitung oder «Bewältigung» des deutschen Geschichtserbes verzichtet Haffner rigoros auf ein moralisch begründetes oder gar aus Kategorien des späten 20. Jahrhunderts hergeleitetes Urteil über die deutsche Politik vor und nach 1914. Er argumen-

tiert strikt rational, indem er weniger nach der *Berechtigung* dieser oder jener Verhaltensweise fragt als nach ihrer reinen *Sachdienlichkeit.* «Todsünden» in seinem Sinne sind die Fehlentscheidungen, denen er nachspürt, nicht wegen ihrer grundsätzlichen (oder auf Grund eines erst nachträglich entwickelten Kodex postulierten) «Verwerflichkeit», sondern ganz einfach deshalb, weil sie als Mittel zum angestrebten Zweck ungeeignet waren und einer kritischen Betrachtung schon damals als ungeeignet erscheinen *mussten.* Dass es eine solche Kritik kaum gab, dass die Verantwortlichen jedenfalls in den meisten Fällen ihre Entscheidungen ohne jede ernsthafte Auseinandersetzung über die möglichen Konsequenzen der beschlossenen Massnahmen fällten – darin liegt für den Verfasser das wahrhaft Erschreckende und für die Nachwelt Exemplarische der Irrtümer, denen sich das wilhelminische Reich leichtfertig verschrieben hatte und die schliesslich nach wahrhaft heroischer und militärisch brillanter Kriegführung seine Katastrophe nach sich zogen.

Als erster der verhängnisvollen Fehler erscheint die *«Abkehr von Bismarck»,* der all seine diplomatische Kunst aufgeboten hatte, um die übrigen Grossmächte davon zu überzeugen, dass das neue Reich sich als saturierte Macht in das Friedenssystem des 19. Jahrhunderts einfüge. «In Europa herrschte Gleichgewicht, und ausserhalb Europas herrschte England» – so charakterisiert Haffner einprägsam die damalige internationale Ordnung. Die Nachfolger des ersten Reichskanzlers aber arbeiteten systematisch auf den Umsturz dieses Systems hin. Und in massloser Überschätzung der eigenen Kräfte strebten sie gleichzeitig danach, beide seiner Pfeiler zu knicken: indem sie einerseits europäische Vormacht, anderseits Weltmacht werden wollten, also «die Nachfolge des napoleonischen Frankreich in Europa und die Nachfolge Englands in der Welt» beanspruchten, beschworen sie selber jene «Einkreisung Deutschlands» herauf, gegen die sie sich dann glaubten wehren zu müssen. All das ist gewiss nicht neu. Aber wie Haffner diesen Grundirrtum auf ganzen elf Seiten, die das erste Kapitel einnimmt, bemerkenswert differenzierend analysiert und darüber hinaus noch seinen psychologischen Wurzeln nachspürt, das darf als ein Musterstück präziser und konziser historischer Darstellung bezeichnet werden.

In durchaus ähnlicher Weise verdeutlicht der Autor die Fehlschlüsse und Fehlgriffe, die nach der solchermassen verpatzten diplomatischen Vorbereitung das Desaster im Verlauf des bewaffneten Konflikts selber heraufbeschworen haben. Da ist die Chimäre des *Schlieffenplans,* der um fragwürdiger (und tatsächlich nicht erreichter) strategischer Vorteile willen Grossbritannien gleichsam in den Krieg zwang und zugleich die politische Bewegungsfreiheit der Reichsführung auf ein Minimum beschränkte; da ist der erschreckende Realitätsverlust, den die gesamte *Kriegszieldiskussion* mit dem Versuch zur dauernden Festsetzung in Belgien und in ganz Polen offenbarte, und dann als nochmalige womöglich noch waghalsigere Spekulation die auf den *unbeschränkten Unterseeboot-Krieg,* die offenen Auges den Kriegseintritt der Vereinigten Staaten heraufbeschwor. Es folgt

das ebenso kühne wie leichfertige *«Spiel mit der Weltrevolution»* durch die systematisch unterstützte, ja herbeigeführte Bolschewisierung Russlands und der Sonderfrieden von *Brest-Litowsk* als letzte, aber aus massloser Gier verspielte Chance – und schliesslich, nach dem damit verschuldeten Scheitern der März-Offensive von 1918, die beharrliche Weigerung der Heeresleitung und der ihr hörigen Kabinette, der Tatsache des nun hoffnungslos verlorenen Krieges ins Auge zu sehen – bis dann im plötzlichen Drängen Ludendorffs auf ein sofortiges und bedingungsloses Waffenstillstands-Ersuchen der Umschlag von der Sieges-Illusion in die totale Panik geschieht. Damit einher geht, was in der letzten Kapitelüberschrift als *«der wirkliche Dolchstoss»* bezeichnet wird: der Versuch der Verantwortlichen, die von ihnen allein heraufbeschworene Niederlage durch eine Hals über Kopf verordnete Parlamentarisierung des halb-autoritären kaiserlichen Regimes den nun auf einmal an die Regierung berufenen Demokraten zu überlassen, die denn auch prompt in die aufgestellte Falle tappen.

Jede Station auf dem Weg in diese selbstgeschaffene Katastrophe zeichnet Haffner nüchtern-luzide nach. Auch ohne künstliche Dramatisierung und Sensationalisierung gewinnt die siebenaktige Tragödie eine Spannung, die durch die kühl-intellektuelle Manier, in der er sie entwickelt, gleichsam noch intensiviert wird. Natürlich wird der kritische Leser da und dort sein Fragezeichen anbringen können. So mag etwa ein Zweifel daran angebracht sein, ob die beiden Alternativen, zwischen denen sich die deutsche Vorkriegs-Diplomatie nach Ansicht des Autors nicht zu entscheiden vermochte – das Bündnis mit England gegen die französisch-russische Entente oder das anti-britische «Kontinentalbündnis» mit den Festlands-Gegnern – wirklich möglich oder gar, wie es in der Darstellung erscheint, gleich möglich waren. Auch lässt sich sehr wohl argumentieren, dass das Vordringen in die Weiten Russlands *nach* Brest-Litowsk, das die Konzentration aller militärischen Macht auf den entscheidenden Schlag im Westen vereitelte, keineswegs bloss dem Taumel imperialer Ost-Träume entsprungen sei. Viel spricht dafür, dass sich die Reichsführung in diesem Augenblick eher durch die nicht einfach abzuweisende Angst vor der unabsehbaren revolutionären Ansteckungsgefahr oder auch einfach vor einem russischen Vakuum zu ihren kräfteverzehrenden Interventionen gezwungen fühlte. Und doch müssen solche Detail-Bedenken hinter die Bewunderung für die hier vollbrachte, wahrhaft imponierende Gesamtleistung zurücktreten.

Nachwort zum Nachwort

Aber nicht diese Bewunderung, zu der sich der Rezensent bekennt, ist der eigentliche Grund dafür, die Neuauflage einer vor 18 Jahren erstmals erschienenen Schrift hier anzuzeigen. Haffner hat sich weder damals noch heute mit dem durchdringenden Blick auf Vergangenes zufriedengegeben. Ihm ging und geht es nämlich zugleich um ein Urteil über seine eigene Gegenwart: über die deutsche Politik der frühen sechziger und der frühen achtziger Jahre. Darum hat er seiner historischen Studie schon bei der ersten Veröffentlichung ein aktuelles Nach-

wort hinterher geschickt, das er nun gleichsam durch ein Nachwort zum Nachwort ergänzt. Wenn er die Todsünden von ehedem rekapitulierte, dann nicht allein aus historischem Interesse, sondern aus Sorge darüber, dass die Bundesrepublik im Begriffe sei, ähnliche Irrwege wie im Ersten Weltkrieg einzuschlagen und die Szene damit für ein neues, womöglich noch weit schlimmeres Debakel zu präparieren. Schon Hitler habe durchaus Lehren – wenn auch die falschen – aus dem Ersten Weltkrieg gezogen, in der Meinung, «es» ganz anders und besser zu machen, und am Ende sei Deutschland noch weit unglücklicher am Boden gelegen. Ganz Ähnliches glaube die Bundesrepublik, und ebenfalls fälschlich – mit dem Ergebnis, dass sich die «dritte Niederlage bereits deutlich am Horizont» abzeichne. «Die Politik Hitlers», meint Haffner, «war eine unerträgliche Vergröberung der falschen Politik des Kaiserreichs; die Politik Adenauers eher eine Verfeinerung. Im Grunde war sie trotzdem dieselbe Politik».

Hier fasst sich der Leser, der Haffners Führung bis dahin nicht allein vertrauensvoll, sondern sogar fasziniert gefolgt ist, allerdings an den Kopf – und er musste das auch schon in jenem Augenblick tun, als Haffner diese These vor bald zwei Jahrzehnten entwickelte. Denn auch wer beileibe kein vorbehaltloser Bewunderer Adenauers und seiner CDU-Nachfolger ist, wird die Gleichsetzung ihrer Aussenpolitik mit der des nachbismarckischen Wilhelminismus nicht nur als frappant und fragwürdig empfinden müssen, sondern darin eine schlechterdings groteske Verzeichnung der Wirklichkeit erkennen.

Um die überraschende Fehldiagnose zu begründen, konstruiert Haffner in einer geradezu krampfhaft anmutenden Weise zu jeder der «Todsünden», die er in seinen sieben historischen Kapiteln analysiert hat, eine zeitgenössische Entsprechung. Schon der mehr gezwungene als zwingende Charakter seines Verfahrens macht stutzig: es mutet allzu gewollt, ja gekünstelt an.

Geht man den diversen Argumenten auf den Grund, dann reduzieren sie sich denn auch letztlich auf einen einzigen, freilich gravierenden Vorwurf: dass auch Bonn, wie einst das kaiserliche Berlin seit Beginn des Jahrhunderts, unentwegt gegen einen durchaus erträglichen und sogar mehr als nur erträglichen *status quo* aufbegehre, die Realitäten des internationalen Systems, auf dem seine eigene Existenz beruhe, auf fatale Weise in Frage stelle, was «nur durch Krieg erreicht werden» könnte, und sich damit zugleich des «Militarismus», der «Selbstüberschätzung» und der «Verantwortungslosigkeit» schuldig mache.

Wer sich noch der Bonner Atmosphäre in den fünfziger und sechziger Jahren erinnert, dem fällt es schwer, in diesem Porträt, das Haffner entwirft, auch nur eine entfernte Ähnlichkeit mit den damaligen Zügen bundesdeutscher Psychologie und bundesrepublikanischer Politik zu entdecken. Dem Durchschnittsbürger des Dreizonen-Staates und vollends seinen Vertretern lag kaum etwas ferner als die «Selbstüberschätzung», die ihnen da vorgeworfen wird. Das damals aufgekommene und vielzitierte Wort von der Bundesrepublik als einem «wirtschaftlichen Riesen und politischen Zwerg» zielte geradezu auf den für jeden unvoreingenommenen Beobachter immer

wieder erstaunlichen Mangel an Vertrauen in die eigene Kraft. Adenauers «Vorleistungen» in der Phase des Besatzungsstatuts wie später sein Drängen auf die praktisch nahezu bedingungslose Eingliederung ins westliche Bündnis und sein Bemühen, sich als europäischer und atlantischer Musterknabe zu präsentieren, erwuchsen genau aus dem Bewusstsein, wie sehr Bonn gerade um seiner historisch bedingten politischen Schwäche willen darauf angewiesen sei, um das Vertrauen seiner westlichen Protektoren zu werben. Und es war vielfach gerade die von Haffner so oft als Repräsentant einer (freilich ohnmächtigen und hilflosen) «Vernunft» apostrophierte sozialdemokratische Linke, die den «Bundeskanzler der Alliierten» einmal ums andere mangelnder Entschiedenheit und ungenügenden Durchsetzungsvermögens bei der Vertretung deutscher Interessen zieh.

Keine Schaukelpolitik

Die Hybris des wilhelminischen Reiches hatte sich, wie das Haffner in seinem ersten Kapitel so brillant auseinandersetzt, gerade in der Unfähigkeit zur Wahl zwischen den verschiedenen aussenpolitischen Alternativen demonstriert. Eine der Grundkonstanten der Adenauer-Politik war demgegenüber die zäh durchgehaltene Überzeugung, dass der westdeutsche Teil- und Kernstaat diesen Fehler unter allen Umständen vermeiden müsse: noch viel weniger als die einst von Bismarck gezimmerte Grossmacht oder die Weimarer Republik dürfe er sich auf das wahrhaft selbstmörderische Wagnis einer Schaukelpolitik einlassen. Der wesentliche Einwand des Kanzlers gegen alle «neutralistischen» Modelle zu einer Lösung der deutschen Frage, wie sie Haffner vertritt (oder jedenfalls 1964 propagierte), war denn auch immer, dass ein «bündnisfreies», auf sich allein angewiesenes Deutschland genötigt wäre, die nunmehr in ganz neue Dimensionen hineingewachsenen Weltmächte gegeneinander auszuspielen und sich damit zwangsläufig international zu isolieren. Sein Wille, die Bundesrepublik selbst um den Preis von Opfern fest und unlösbar in der westlichen Allianz zu verankern, war gewiss *auch* ideologisch motiviert, aber doch primär aus der durchaus realpolitischen Einsicht in jene Bedingtheiten und Begrenzungen erwachsen, mit denen sich dieses Staatswesen nun einmal zu bescheiden hatte.

Haffner weigerte sich 1964 beharrlich, diese Leitlinie der Konzeption zur Kenntnis zu nehmen, die Adenauer entwickelt hat und der auch die Erben des «Alten» trotz allen späteren Modifikationen im wesentlichen treu geblieben waren. Statt dessen zeichnet er ein polemisches Grundmuster des Bonner Verhaltens mit Formeln wie «institutionalisierte Unzufriedenheit, Unruhe, Begehrlichkeit», sieht nur «ewige Forderungen, ewige Unverträglichkeit» und eine fatale Neigung zum «Feinde sammeln, Freunde verstimmen» – Formeln, die in dieser Massierung selbst für die Charakterisierung des wilhelminischen Kurses reichlich grobschlächtig anmuten würden, die aber vollends mit der deutschen Politik nach dem Zweiten Weltkrieg herzlich wenig zu tun haben. Und wenn man seinen Begründungen für dieses harsche Urteil über die angeblich niemals zur Umkehr bereiten Sünder nach-

spürt, so stösst man letztlich auf einen einzigen einigermassen gewichtig anmutenden Einwand: die damalige Weigerung der Bundesrepublik, ihre eigenen Grenzen, die Grenzen der DDR und diesen Staat überhaupt anzuerkennen und sich häuslich im *status quo* der nationalen Teilung einzurichten.

Aber just in diesem Punkte wird es nachgerade unbegreiflich, wie ein Analytiker von Haffners Fähigkeiten zu einem solchen Fehlschluss gelangen kann. Denn kaum etwas anderes hat ja die Beobachter der deutschen Szene nach 1945 oder 1949 mehr verblüfft als die relative Leichtigkeit, mit der sich die Westdeutschen in ihrer grossen Mehrheit mit dem Schicksal dieser aufgezwungenen Teilung abgefunden haben. Gewiss, sie haben lange Zeit nicht nur laut dagegen protestiert, sondern sich auch hartnäckig geweigert, den damit geschaffenen Zustand anzuerkennen, so wie sie auch die Angliederung der Gebiete jenseits der Oder und Neisse an Polen und die Vertreibung von Millionen aus Preussen, Pommern und Schlesien als böses Unrecht anprangerten. Das war schliesslich eine verständliche, ja ganz natürliche Reaktion auch dann, wenn man darüber die Verbrechen des Dritten Reiches nicht leichthin vergass. Aber das wirklich Erstaunliche scheint ja eher, wie massvoll diese Proteste gegen die Zerschneidung der Nation alles in allem ausfielen.

Sah man genauer hin, dann gewann man den Eindruck, bei der Nicht-Anerkennung der Oder-Neisse-Grenze wie bei der Weigerung, das kommunistische Zwangssystem in der DDR formell zu legitimieren, habe es sich in der Praxis kaum um viel mehr als verbale Floskeln gehandelt. Man wird in der Geschichte wohl kaum ein besiegtes und von den Siegern aufgeteiltes Land finden, in dem es weniger Revanchismus gab als im Westteil Deutschlands. Und selbst das laute Gerede von einer Wiedervereinigung, die im Laufe der Jahrzehnte immer illusorischer erschien, wurde schon früh von intelligenten Deutschen als die «Lebenslüge» ihres Volkes erkannt – eben deshalb, weil sie sich klar waren, dass dieses Volk und seine Vertreter weder einen Weg zu diesem Ziel wussten noch sonderlich bereit waren, dafür auch nur annähernd das an Opfern zu bringen, was man vor und nach 1914 für die abstrusen deutschen Weltmacht-Träume gebracht hatte.

Eine Fehldiagnose

Wenn viele Deutsche (wohl die meisten) zwar wussten, dass an den machtpolitischen Realitäten nichts zu ändern sei, aber trotzdem den Anspruch auf solche Veränderungen laut geltend machten und nach aussen hin an mühsam aufgebauten Fiktionen festhielten, so war das sicherlich nicht gerade ein erhebendes Schauspiel. Aber hinter der Zweideutigkeit nationaler Heuchelei steckte jedenfalls eine gehörige Dosis praktischer Einsicht. Nichts hat das deutlicher gemacht als die breite Zustimmung zu jener «Ostpolitik», mit der sich die sozialliberale Koalition wenige Jahre nach dem Erscheinen von Haffners Buch zur Liquidierung bisher krampfhaft und gegen besseres Wissen festgehaltener Illusionen verstand. Die Vereinbarungen mit der Sowjetunion und Polen einerseits, der «Grundlagenvertrag» mit der DDR anderseits waren nichts anderes als das

endlich möglich gewordene Eingeständnis von Wahrheiten, die man lange vorher erkannt, aber nicht auszusprechen gewagt hatte.

Dass all das, was seither geschehen ist, vorn und hinten nicht mit Haffners Diagnose von 1964 zusammenstimmt – dieser Erkenntnis hat sich auch unser Autor nicht entziehen können. Es spricht für seine Redlichkeit, dass er bei der Wiederveröffentlichung trotzdem darauf verzichtet hat, sein damaliges Nachwort zu unterdrücken oder umzuschreiben, sondern es statt dessen doch wieder in der ursprünglichen Gestalt abdruckt und sich in einem zweiten Epilog der Frage nach der Tragfähigkeit seiner damaligen Thesen stellt.

Wandel: spät erfolgt oder spät gesehen?

So weit freilich, dass er bereit wäre, seine fatale Fehleinschätzung von ehedem hinterher zu revidieren, reicht die Bereitschaft zur Selbstkorrektur dann doch nicht. Statt dessen flüchtet Haffner in eine neue Hilfskonstruktion. «Zwischen damals und heute», entdeckt er plötzlich, liege «ein Generationswechsel, ein Epocheneinschnitt der deutschen Geschichte». Erst 1970/1975 und keineswegs schon 1945/1949 will er jetzt den Zeitpunkt sehen, «mit dem ein Geschichtskapitel aufhört und ein neues beginnt». Bis dahin habe sich in der Geisteshaltung des Deutschen seit dem Jahrhundertbeginn nur wenig geändert. Dann aber habe sich ihrer plötzlich (und aus Gründen, auf deren Erklärung der Publizist bis auf das fragwürdige Wort vom «Generationswechsel» nicht weiter eingeht) ein neuer Geist bemächtigt.

Das ist natürlich – man muss es so krud sagen – schlichter Humbug. Nicht weil auf einmal eine Generation ans Ruder gekommen sein soll, die von den Todsünden der Vergangenheit frei war, hat der Umschwung stattgefunden, sondern weil Volk und Politiker unter dem Eindruck der langen Zeit, die seit Kriegsende vergangen war, schliesslich den (schwierigen) Mut aufbrachten, sich offen zu dem zu bekennen, was sie insgeheim schon lange vorher wussten und im stillen Kämmerlein oder selbst im vertraulichen Gespräch auch schon früh eingestanden hatten.

Und eben darin liegt das Exemplarische des Falls. Haffner war ja nicht der einzige, der entgegen aller Evidenz an der wirklichkeitsfremden Vorstellung eines unveränderten (und wahrscheinlich unveränderbaren) «Nationalcharakters» festhielt. Weil er den tiefen Wandel nicht wahr haben wollte, den der Zweite Weltkrieg und die Niederlage von 1945 in der deutschen Mentalität bewirkt haben, missverstand der brillante Kenner und Deuter deutscher Vergangenheit die deutsche Gegenwart so gründlich. Und weil er den tatsächlichen historischen Wendepunkt verpasst hatte, sieht er sich heute gezwungen, hinterher einen Umschlag dort zu postulieren, wo der lange vorher vollzogene und von ihm geleugnete schliesslich manifest wurde. Er hat recht, wenn er feststellt, dass seine sieben Kapitel über den Ersten Weltkrieg «durch nichts entwertet oder überholt» seien. Aber er täuscht sich und seine Leser, wenn er meint, sein Nachwort von 1964 sei «veraltet». Es ist, was es immer war: falsch.

Fritz René Allemann

[1] Kindler 1978; vergr. Ungekürzte Lizenzausgabe März 1981 als Fischer-Taschenbuch 3489, 158 S. – [2] «Preussen ohne Legende», STERN-Buch, Goldmann V., 535 S., 1981. – [3] Lübbe V., Bergisch Gladbach 1981; überarbeitete u. erweiterte Fassung der Erstausgabe 1964.

ZWISCHEN ERLÖSUNG UND BEFREIUNG

Die christlichen Kirchen unter dem Druck des Zeitgeistes

Der christliche Glaube lebt im Spannungsfeld zwischen dem Ewigen und dem Zeitlichen, zwischen dem Göttlichen und dem Menschlichen, zwischen dem Heiligen und Profanen. Der Glaube war und ist immer von der gleichen Versuchung bedroht, die Spannung zwischen den beiden Polen aufzuheben. Immer lauerte die Gefahr, die Grenzen zwischen dem Göttlichen und Menschlichen zu verwischen, und zwar in beiden Richtungen. Einmal wurde die diesseitige irdische Welt verleugnet und alles auf die Erlösung im jenseitigen Reich Gottes gesetzt. Dann schlug das Pendel wieder zurück, und der Mensch versuchte, das Reich Gottes in eigener Kompetenz bereits auf Erden zu errichten. Aber jeder Versuch, unter welchem Vorzeichen er auch immer unternommen wird, die Grenzen zwischen dem Göttlichen und dem Menschlichen aufzuheben, führt zur gleichen Gottlosigkeit, die den christlichen Glauben letzten Endes in Frage stellen muss.

Heute ist der Druck besonders gross, den der Zeitgeist auf die christlichen Kirchen ausübt. Das durch Aufklärung und Fortschritt charakterisierte neuzeitliche Denken scheint auf seinem Höhepunkt angelangt zu sein. Daraus entspringt der heute weit verbreitete Glaube an die Selbstherstellung von Mensch und Gesellschaft. In gottgleicher Autonomie fühlt sich der Mensch als Herr der Geschichte. Der Glaube an die Machbarkeit von allem und jedem kennt kaum Grenzen. Dieser Zeitgeist kann auch an den Kirchen nicht spurlos vorübergehen. Wie äussert sich dieser Druck des Zeitgeistes auf die Kirchen und ihre Theologie? Wir versuchen, diese Frage anhand von drei Beispielen zu erörtern, in denen heute typische Verhaltensmuster von kirchlichen und theologischen Kreisen zum Ausdruck kommen. Als Beispiele wählen wir das Verhalten zu den Menschenrechten, zu den Sozialwissenschaften sowie zur Politik.

Verabsolutierte Menschenrechte

Ein ganz wesentliches Element im Fortschrittsgedanken der Neuzeit bilden die *Menschenrechte*. Sie basieren auf den Ideen der französischen Philosophie der Aufklärung des 18. Jahrhunderts. Die «déclaration des droits de l'homme et du citoyen» in der

französischen Verfassung vom 3. September 1791 bildet die Grundlage für alle späteren Erklärungen der Menschenrechte. Hinter der Idee der Menschenrechte steht der Glaube, dass es moralische Normen gibt, die notwendigerweise auf jeden einzelnen Menschen bezogen werden müssen, und dass es Ansprüche gibt, die jeder Mensch ausnahmslos erheben darf, da ein jeder als Selbstzweck und nicht als Mittel von anderen Menschen behandelt werden soll (Kant). Der Menschenrechtsgedanke erwies sich als starker Impuls für die grossen gesellschaftlichen und politischen Umwälzungen der Neuzeit. Nach dem Kriege haben dann die Vereinten Nationen in ihrer Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948 die Botschaft übernommen.

Die christlichen Kirchen sind relativ spät in die Menschenrechtsbewegung eingestiegen, die ja nicht von ihnen ausgegangen ist. Die definitive Option der katholischen Kirche zugunsten der Menschenrechte erfolgte 1963, als Papst Johannes XXIII. die UNO in «Pacem in terris» zu ihrer Menschenrechtserklärung von 1948 beglückwünschte. Heute gehören die christlichen Kirchen zu den eifrigsten Kämpfern für die Verwirklichung der Menschenrechte. Man denke nur an die Aktionen des Weltkirchenrates. Ja, heute müssen wir sogar feststellen, dass kirchliche Kreise Gefahr laufen, den aus dem neuzeitlichen Denken entsprungenen Menschenrechts-Gedanken zu verabsolutieren und als eine Art Selbstvergöttlichung des Menschen ad absurdum zu führen. Die Menschenrechte werden zum «letzten Massstab» erklärt, mit dem der Mensch quasi an den Hebel der Weltgeschichte gelangt sei.

Davor hat der inzwischen verstorbene protestantische Theologe Ernst Benz an den Salzburger Humanismusgesprächen 1978 gewarnt, die dem Thema «Hoffnung in der Überlebenskrise?» gewidmet waren. Benz sieht die Forderung der Menschenrechte vom Schatten des Egoismus und der Habsucht getrübt, und wir möchten seine Worte in diesem Zusammenhang nicht vorenthalten: «Hier erschiene es mir notwendig, der Gefahr einer egoistischen, die eigenen Rechtsforderungen und Rechtsansprüche immer weiter ausdehnenden Handhabung der Menschenrechte auszuweichen und sie durch die Aufstellung eines entsprechenden Katalogs der Menschenpflichten zu ersetzen, die eine egoistische Auslegung und die Gefahr einer Durchlöcherung des Menschenbildes vermeiden und überwinden. Es ist nicht einzusehen, warum sich nicht die Kirchen die Aufgabe zu eigen machen sollten, statt nur in die allgemeinen, allenthalben erhobenen Forderungen nach Wahrung der Menschenrechte einzustimmen, sich der Verbreitung der Botschaft von den Menschenpflichten zu widmen. Das Wort ‚Menschenrechte' kommt weder im Alten noch im Neuen Testament vor, wohl aber sprechen das Alte und das Neue Testament allenthalben von den ‚debita', von den Pflichten, die wir dem Nächsten schuldig sind. Es wäre ein spezifisches Anliegen, wenn die Kirchen angesichts der Gefahr, dass die Durchführung der Menschenrechte selbst zu neuen Formen des Klassenkampfes führen kann, sich die Verbreitung und glaubwürdige Verwirk-

lichung eines Katalogs der Menschenpflichten zur Aufgabe machten, statt bloss in die allgemein erhobene Forderung nach Wahrung der Menschenrechte einzustimmen. Die Kirchen sollten es als Herausforderung empfinden, der zum Egoismus und zur Habgier neigenden Menschheit klarzumachen, dass das fortschrittliche Menschsein nicht nur aus Rechtsansprüchen besteht, die sich im Mass ihrer Erfüllung nach dem Gesetz des menschlichen Egoismus und der menschlichen Habgier immer weiter steigern und zu Klassenkämpfen aller Art Anlass geben, und sie sollten dazu anhalten, die Ansätze der selbstsüchtigen Begehrlichkeit durch einen Hinweis auf die gemeinsame Verantwortung, die gegenseitige Verständigungsbereitschaft und auf die gerade hier unabdingbare Opferbereitschaft, kurz auf das Gebot der Nächstenliebe, zu überwinden.»

Der Theologe Benz ist natürlich nicht der einzige, der gegen die Pervertierung des Menschenrechtsgedankens aufsteht. Vorher haben es schon namhafte Zeitgenossen getan, unter anderen auch Karl Jaspers. In seinem Buch «Hoffnung und Sorge» (1965) hat Jaspers die Gründe genannt, warum ihm die Menschenrechte heute so unzuverlässig erscheinen. Die überwältigende Mehrheit der Menschheit verstehe die Menschenrechte noch nicht. Der heutige Zustand der Menschheit stehe deshalb einer weltweiten Verwirklichung dieser Rechte noch entgegen. Man habe auch die Zahl der Menschenrechte ständig erweitert und spezifiziert, was die Bedeutung der einfachen elementaren Rechte des Menschen vermindere. Und schliesslich leiden die Menschenrechte durch den Mangel an Bewusstsein, dass Menschenrechte und Menschenpflichten zusammengehören. Die Menschenrechte an sich dürften nur unter der Voraussetzung in Anspruch genommen werden, dass die Menschenpflichten erfüllt werden.

Normen der Sozialwissenschaften

Eine wesentliche Komponente des neuzeitlichen Denkens sind die Wissenschaften. Wenn früher die Naturwissenschaften die Paradepferde der Wissenschaften waren, so sind es heute unbestreitbar die *modernen Human- und Sozialwissenschaften,* im folgenden kurz «Sozialwissenschaften» genannt. Nach dem Kriege haben sie sich gewaltig entwickelt, und wir erleben heute einen Boom dieser Wissenschaften. Wie haben wir uns dieses Phänomen zu erklären? Eine repräsentative Antwort geben zweifellos Max Horkheimer und Theodor W. Adorno, die in den dreissiger Jahren an der Universität Frankfurt das «Institut für Sozialforschung» gegründet und die «Zeitschrift für Sozialforschung» herausgegeben haben. In ihrem 1944 im Exil erschienenen Werk «Dialektik der Aufklärung» sehen sie den Ursprung für unsere Krise der Zivilisation darin, dass die Aufklärung noch nicht beendet sei. Nachdem der Mensch mittels Wissenschaft und Technik gelernt habe, die Natur zu beherrschen, gehe es nun in einer zweiten Phase der Aufklärung noch darum, vor allem mit Hilfe der Sozialwissenschaften sich seiner eigenen Ziele und Zwecke zu bemächtigen. Jetzt müsse noch die menschliche Gesellschaft selbst in den Griff

genommen werden. Zweifellos steht hinter dem heutigen Boom der Sozialwissenschaften dieser Glaube an die Vollendung der Aufklärung. Es handelt sich um eine modifizierte Ausgabe des Fortschrittsglaubens, nämlich um den Versuch, die grossen Menschheitsfragen mit Hilfe der Sozialwissenschaften zu lösen. So sind nach dem Kriege eine Reihe neuer Forschungsrichtungen entstanden, zum Beispiel die Zukunftsforschung, die Friedens- und Konfliktforschung, die Entwicklungsforschung und so weiter. Das wesentliche gemeinsame Merkmal der modernen Sozialwissenschaften ist ihr normatives Selbstverständnis. Diese Wissenschaften erheben den Anspruch, Normen für das menschliche Handeln zu begründen, und zwar in Letztbegründung, das heisst ohne jeden Rückgriff auf etwas Unverfügbares und Unbedingtes. Normen werden allein durch wissenschaftliche Rationalität via Diskurs und Konsens legitimiert.

Die Entwicklung der modernen Sozialwissenschaften ist nicht ohne Folgen für die Kirchen und ihre Theologie geblieben. Kirchliche und theologische Kreise nehmen heute bedenkenlos Anleihen bei den Sozialwissenschaften auf. Wer die Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit der Kirchen verfolgt, stösst heute unweigerlich auf die Sprache der Sozialwissenschaften. Kirchliche Hilfswerke und Missionen bedienen sich ohne Schwierigkeiten des Jargons der Sozialwissenschaften. Vor uns liegt der Entwurf einer kirchlichen Arbeit über ein Konzept für Entwicklungszusammenarbeit, das vom Geist der modernen Sozialwissenschaft vollständig beherrscht wird. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass es heute kirchliche und theologische Kreise gibt, die geradezu die Rettung von den Sozialwissenschaften erwarten.

Eine solche Haltung gegenüber den Sozialwissenschaften verkennt aber völlig die Voraussetzungen und Grenzen dieser Wissenschaften. Auch die modernen Sozialwissenschaften können wie die Naturwissenschaften alles, nur nicht ihre eigenen Voraussetzungen, ihre eigene Bedingtheit durchschauen. Ihre Bemühungen beruhen immer schon auf einer ganz bestimmten Auslegung der Wahrheit, die Descartes für das neuzeitliche Denken als die Gewissheit des rationalen Subjekts gefunden hat. Hinter den Sozialwissenschaften steht also immer schon ein ganz bestimmtes Menschen- und Geschichtsbild, das den Wissenschaften selbst verborgen bleibt. Es ist der Mensch als autonomes Subjekt, das sich im Laufe der Neuzeit immer mehr verabsolutiert hat. Damit wird dann die Welt, die Natur und die Geschichte immer absoluter zum blossen verfügbaren Objekt. Die Voraussetzungen der Sozialwissenschaften durchschauen, heisst zugleich an ihre Grenzen stossen. Die Wissenschaften liefern Teilwahrheiten, niemals die ganze Wahrheit. Gerade wenn es um die letzten Fragen geht, die der denkende Mensch stellt, wenn es um die grossen Menschheitsfragen geht, wenn nach dem Sinn des Lebens und der Geschichte gefragt wird, dann stösst die Wissenschaft an ihre Grenzen und kann uns nur Scheinlösungen anbieten. Dies gilt gerade zum Beispiel für die Frage nach dem Wesen und dem Sinn der «Entwicklung», das heisst die Frage nach dem, was in den letzten Jahrhunder-

ten im Abendland passiert ist und heute auf alle Kontinente übergegriffen hat. Für ein tieferes geschichtliches Verständnis genügt der bloss emanzipatorische Freiheitsbegriff der Sozialwissenschaften in keiner Weise. Die Auffassung von «Entwicklung» als «ganzheitliche Befreiung» muss deshalb in die Irre führen. Die Sozialwissenschaften können die Frage nach dem Verhältnis von Freiheit und Wahrheit gar nicht stellen.

Eine der vornehmsten Gegenwartsaufgaben der Kirche ist demgegenüber die Aufdeckung der Voraussetzungen der Wissenschaften. Dabei geht es keineswegs darum, eine Wissenschaftsfeindlichkeit zu fördern, als vielmehr die Möglichkeiten und Grenzen der Wissenschaften klarer zu sehen. Anstelle der blossen Teilwahrheiten sollte gerade von der Kirche die ganze Wahrheit vermehrt ins Spiel gebracht werden. Es scheint, dass die jetzige Krise unserer Zivilisation nicht zuletzt dadurch bedingt wird, dass wir die Wissenschaften überfordern. Wir müssen uns vom modernen Wissenschaftsaberglauben befreien. Es gibt heute namhafte Theologen beider Konfessionen, die in dieser Richtung denken. Als Beispiel nenne ich nur die Evangelische Studiengemeinschaft in Heidelberg. Der Leiter ihrer Forschungsstätte, Georg Picht, hat in seinem Denken stets versucht, den grossen Menschheitsfragen auf den Grund zu gehen. Und sein Schüler, der heute in Bern lehrende Theologe Christian Link, ist radikal der Frage nach dem neuzeitlichen Denken nachgegangen, ohne die das Verständnis des modernen Zeitgeistes kaum möglich ist («Subjektivität und Wahrheit», 1978).

Zuwendung zur Politik

Und nun kommen wir noch auf das Verhältnis der Kirchen zur *Politik* zu sprechen. Wir stehen vor dem Phänomen, dass viele kirchliche und theologische Kreise heute eine neue Affinität zur Politik entdeckt haben. Sie stürzen sich in die Tagespolitik wie in einen Jungbrunnen. Wie ist dieses Phänomen zu erklären? Schliesslich hat doch das Evangelium den Menschen schon immer in seiner Ganzheit angesprochen, in all seinen Lebensbereichen, auch in seiner politischen Dimension. Warum also gerade heute diese starke Zuwendung zur Politik? Die Antwort gibt auch hier die Analyse des Zeitgeistes. Der moderne Glaube an die Selbstherstellung von Mensch und Gesellschaft hat den Akzent in der Heilserwartung entscheidend verschoben. Aus dem durch göttliche Gnade zu erwartenden Heil wurde immer mehr das diesseitige, machbare Glück. Der Macher Mensch war herausgefordert, das Schicksal selbst zu schmieden und das Heil in säkularisierter Form, das Glück «hier auf Erden schon» sicherzustellen. So erklärt sich die enorme Anziehungskraft, die die Politik in unseren Tagen auf kirchliche und theologische Kreise ausübt. Selbstverständlich wird kein Christ den Anspruch des Evangeliums auf den ganzen Menschen und damit auch auf seinen politischen Lebensbereich bestreiten wollen. Niemand darf den Kirchen von aussen her einen Maulkorb umhängen und ihnen das Recht zur politischen Meinungsäusserung und Stellungnahme grundsätzlich absprechen. Die Begrenzung des politischen Auftrages der Kirchen kommt nicht primär von aussen, son-

dern von innen, nämlich aus dem Evangelium selbst. Dazu nur die folgenden Überlegungen.

Schon die Geschichte lehrt uns, dass die Kirchen mit ihren politischen Optionen nicht immer Recht hatten. Es gab bestimmte historische Situationen, in denen die Kirchen versagt haben. Darüber können auch einzelne Ausnahmepersönlichkeiten nicht hinwegtäuschen, die in den Kirchen jeweils gleichzeitig den Mut zum abweichenden Bekenntnis aufbrachten. Wenn sich die Kirchen allzu eifrig an den Zeitgeist anpassen, so laufen sie auch heute Gefahr, die Botschaft des Evangeliums im Spannungsfeld zwischen dem Ewigen und Zeitlichen einseitig zu verraten. Sie verlieren dann die Position, aus der sie sich überhaupt noch kritisch und selbstkritisch zum Zeitgeist verhalten können. Die Kirchen können das auf der christlichen Ethik beruhende Wächteramt nur dann wahrnehmen, wenn sie die Grenzen zwischen dem «Reich, das nicht von dieser Welt ist» und den Problemen unserer politischen Welt nicht einfach verwischen. Nur so können sich die Kirchen auch vor der Gefahr schützen, selbst zur politischen Partei zu werden oder von politischen Parteien und Interessengruppen entsprechend vereinnahmt und missbraucht zu werden. Selbst der aus der Sicht der christlichen Ethik nur wärmstens zu unterstützende Appell zur Parteinahme für die Armen und Schwachen in der Welt kann sich in sein unchristliches Gegenteil verkehren, wenn damit bloss die Übernahme einer vom Geschichtsverständnis her fragwürdigen Entwicklungsideologie oder einer anderen eindimensionalen politischen Heilslehre gemeint ist. Was heute unter dem ebenso modischen wie verwirrenden Begriff «Befreiung» alles angeboten wird, ist diesbezüglich sehr aufschlussreich.

In seinem 1981 erschienenen Aufsatz «Die Sorge um Gott in einem scheinbar gottlosen Zeitalter» äussert sich Leszek Kolakowski zur politischen Verantwortung der Kirche wie folgt: «Für die Kirche heisst politisch aktiv zu sein, weder sich notwendig mit irgendeiner existierenden politischen Organisation oder Bewegung zu identifizieren noch politische Werte und Zwecke als ‚letzten Zweck' zu betrachten. Die älteren Zusammenhänge der Kirche mit den erstarrten Ordnungen des vorigen Jahrhunderts sind für die Sache des Christentums genau so gefährlich wie die neuen Versuche, die christliche Idee mit den politischen Ideologien des revolutionären Messianismus zu verbinden. Keine dieser Tendenzen verwirklicht die Hoffnung auf eine Erneuerung der Lebendigkeit der christlichen Botschaft. In beiden spüren wir die Versuchung, diese Botschaft den zeitlichen Zwecken unterzuordnen, also die Versuchung, Gott in ein Werkzeug, in einen möglichen Gegenstand menschlicher Manipulation zu verwandeln.»

Kolakowski macht hellhörig gegenüber dem modernen Reden von Gott. Es gibt heute Theologen, die reden über Gott, indem sie über ihn verfügen. Sie sagen etwa, Gott will nur noch im Mitmenschen angesprochen werden. Durch solche «Verfügung» kann «Gott» dann je nach Standort des Sprechers ebenso gut für die Begründung politischer Heilslehren herangezogen, wie aber auch vollständig

aus der Politik ausgeklammert werden. Sicher muss sich die Liebe zu Gott, wenn sie echt ist, auch in der christlichen Nächstenliebe auswirken. Wenn aber «Gott» nur noch ein anderer Name für «Mitmenschlichkeit» ist, so deutet sich in diesem Vorgang eine Art Selbstvergöttlichung des Menschen an. Namhafte Theologen beider Kirchen kämpfen mit allen Kräften gegen eine solche Entleerung des christlichen Glaubens. Als Beispiel sei nur der in Tübingen lehrende protestantische Theologe Eberhard Jüngel erwähnt. Für ihn steht es der Theologie nicht frei, ihre Rede von Gott auf solche Weise abzubrechen. Die Theologie habe auf ihre Weise die Spannung eines durch das Wort «Gott» beanspruchten Denkens in einer von der Bodenlosigkeit des neuzeitlichen Nihilismus bestimmten Welt auszutragen. Als Axiom theologischer Existenz gelten für ihn die Sätze des Paulus: «Ich glaube, darum rede ich ... Notwendigkeit liegt auf mir. Wehe mir, wenn ich nicht das Evangelium verkündige!» (2. Kor. 4, 13; Kor. 9, 16).

Armin Baumgartner